

# Wildbader Tagblatt

## (Enztalbote)

### Amtsblatt für Wildbad. Chronik und Anzeigenblatt für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags. Bezugspreis monatl. M. 9.—, vierteljährl. M. 27.— frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im innerdeutschen Verlehr 29.50 einschl. Postbestellgeld. Einzelnummern 40 Pfg. = Girokonto Nr. 50 bei der Oberamtspostkasse Neuenbürg, Zweigstelle Wildbad. Bankkonto: Direction d. Discontoges., Zweigl. Wildb. Postsparkonto Stuttgart Nr. 29174.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Petitzeile oder deren Raum M. 1.—, anwärts M. 1.20. : : Reklamezeile M. 3.—. Bei größeren Aufträgen Rabatt nach Tarif. Für Offerten u. bei Auktionsverteilung werden jeweils 1 M. mehr berechnet. Schluß der Anzeigenannahme: Täglich 8 Uhr vormittags. : In Kontursfällen oder wenn gerichtliche Vortreibung notwendig wird, fällt jede Nachschickung weg.

Druck der Buchdruckerei Wildbader Tagblatt; Verlag und Schriftleitung Th. Gae in Wildbad.

Nummer 41      Fernruf 179      Wildbad, Samstag, den 18. Februar 1922      Fernruf 179      57. Jahrgang

### Tagespiegel.

Gestern nachmittag 5 Uhr hielt die Reichsregierung im Reichstag eine Kabinettsitzung ab, in der die laufenden Geschäfte besprochen wurden.

Der Reichstagsausschuß für auswärtige Angelegenheiten, der heute tagen sollte, ist von seinem Vorsitzenden, Dr. Stresemann, für den 21. Februar vorm. 10 Uhr einberufen worden.

Gestern war die vierzehntägige deutsche Reparationszahlung von 31 Millionen Goldmark Reparationsgeldern fällig.

Nach einer Kentermeldung stimmt die englische Regierung unter Vorbehalt zu, daß die Prüfung der für 1922 laufenden deutschen Reparationsverpflichtungen durch die Reparationskommission erfolge.

Oesterreich hat die Bedingungen für die Gewährung eines englischen Kredits (6 Prozent Zinsen, Verpfändung der Cobelins) angenommen.

Die ungarische Nationalversammlung ist nach Ablauf ihrer zweijährigen Mandatsdauer aufgelöst worden, ohne daß vorher die Wahlreform erledigt worden wäre.

Nach amtlicher Mitteilung wird die italienische Regierung Oesterreich einen Kredit in der gleichen Höhe zur Verfügung stellen, wie er von Frankreich geboten ist. — Das ist ein seltsamer Wettlauf.

In der italienischen Kammer stellte sich am Donnerstag Bonomi von neuem als Ministerpräsident vor; er gab bei dieser Gelegenheit eine Rede über seine innen- und außenpolitische Tätigkeit.

Nach der „Morning Post“ ist eine amerikanische Erklärung über die Teilnahme an der Konferenz von Genua in den nächsten Tagen noch nicht zu erwarten.

### Wochenrundschau.

Das Deutsche Reich hat wieder einmal eine Krise überstanden. Zur Abwechslung ist es eine innerpolitische, aber sie hängt, wie das bei uns nun einmal nicht mehr anders möglich ist, mit der Außenpolitik eng zusammen. Als äußeren Anlaß kann man die Unzufriedenheit etwa der Hälfte des Reichstags mit der Haltung der Reichsregierung beim Eisenbahnerstreik betrachten. Zu Beginn des Ausstands fielen scharfe Worte von Seiten der Regierung, Reichskanzler Wirth erklärte gar im Reichstag, hier sei nicht von einem Streik, sondern von einer Revolte der Beamten zu sprechen. Es wurden strenge Maßregelungen angekündigt und der Kanzler versicherte, daß mit Mitgliedern der Reichsgewerkschaft, die den Ausstand in die Wege geleitet hatte, unter keinen Umständen verhandelt werden solle. Die Verordnung des Reichspräsidenten bedrohte jede Aufreizung zum Streik mit schwersten Strafen. Diesen Worten entsprachen aber allerdings die Taten der Regierung nicht. Zu den bekannten Verhandlungen, die schließlich zum Abbruch des Streiks führten, wurden vom Reichskanzler auch Reichsgewerkschafter beigezogen; die Maßregelungen wurden durch „Richtlinien“ des Gesamtkabinetts auf das engste Maß beschränkt, und die kommunistische „rote Fahne“, die munter zum Streik weiter aufforderte, blieb trotz der Ausnahmeverordnung unbehelligt usw. Die Rechtsparteien erlitten in dem Verhalten der Reichsregierung einen unzulässigen Widerspruch; die beiden Parteien der äußersten Linken, die Unabhängigen Sozialdemokraten und die Kommunisten, waren unzufrieden, daß der Reichskanzler den Beamten das Streikrecht nicht zugestehen wollte und daß nicht überhaupt von jeglicher Maßregelung grundsätzlich abgesehen werde.

So wurden denn am 11. Februar nicht weniger als vier verschiedene Mißtrauensanträge, je zwei von rechts und links, im Reichstag eingebracht. Die vier Parteien verfügten im Reichstag zusammen über 223 Stimmen. Da aber auch die Bayerische Volkspartei nicht zu den Freunden der Wirth'schen Politik zählt, vielmehr wegen der verschiedenen Einmischungen der Reichsregierung in innerbayerische Angelegenheiten noch ein Bündnis mit Berlin zu rufen hat, so war mindestens die starke Hälfte der 20 Stimmen dieser Partei gegen die Regierung in Rechnung zu nehmen. Bei so einem labilem

Gleichgewicht, wie man sagt, schien die Existenz des Reichskabinetts aufs äußerste gefährdet, ein Stimmlin konnte es fällen. Der Reichskanzler verlangte den Mißtrauensanträgen gegenüber eine unmittelbare Vertrauensabstimmung und die Verschiebung der Abstimmung um vier Tage auf den 15. Februar. Das war die Rettung der Regierung. In Berlin wurde behauptet, die französische Regierung habe von Wirth verlangt, daß er auf eine Vertrauensabstimmung dringe, denn man wolle wissen, mit was für einer Regierung oder Nichtregierung Deutschlands man es zu tun habe, wenn man in Genua oder Rom zusammenkomme. Die Pariser Blätter traten auch eifrig für das Verbleiben des französischen Kabinetts Wirth ein; Leute wie Stresemann und Stinnes (Deutsche Volkspartei) könnten von Frankreich nicht „geschluckt“ werden, da sie auf die englische Seite neigen. Eigentlich, wenn es sich bewahrheiten sollte, eine unerschämte Einmischung; was wir für eine Regierung haben wollen, ist unsere Sache, in die kein Franzose seine Nase hineinzustechen hat, und wäre sie so lang wie die Poincarés.

Inzwischen wurde von den Parteien eifrig für und wider die Anträge „gearbeitet“. Das Jüngste an der Bage waren die Unabhängigen mit ihren 61 Stimmen. Dieser Partei fiel es nicht ein, den Kanzler stützen zu wollen, mit dessen Außenpolitik sie durchaus einverstanden ist und die sie ja auch bisher stillschweigend unterstützt hatte. Und doch sollte die Unzufriedenheit mit den scharfen Worten des Reichskanzlers zu Beginn des Streiks auch zum Ausdruck kommen. Was ein gewiegter Parlamentarier ist, weiß sich in solchen Fällen zu helfen. Von den 61 Fraktionsmitgliedern stimmten nur 34 „Unzufriedene“ ab, 27 schlugen sich in die Tasche der „Fraktion Schulze“, wie die hochaine Reichstagskantine nach ihrem früheren Pächter genannt wurde. Hätte die Fraktion der Unabhängigen ebensovollständig abgestimmt wie z. B. die Reichssozialdemokraten, so wäre das Kabinett Wirth geplatzt. Aber wer nicht da ist, der ist eben nicht da. — Von 469 Reichstagsabgeordneten haben 421 abgestimmt; 220 für die Regierung, 185 gegen sie und 16 gaben blaue Zettel ab, die nicht much und nicht mäh bedeuten oder „Stimmzettel ohne Stimmabgabe“. Die Stimmenmehrheit für die Regierung beträgt somit 35. — 230 bzw. 45 Stimmen hatten die Herren Schriftführer des Reichstags, die doch ohne Zweifel sämtlich einmal durch die Schule des Einmaleins gegangen sind, zuerst für die Regierung herausgebracht; mit Schreden wurde der Schniger bemerkt und korrigiert.

Glänzend ist der Sieg der Regierung nicht, aber er genügt, um sie am Ruder zu erhalten, und das ist, man mag sonst zu der Wirth'schen Politik stehen, wie man will, doch wohl das Gegebene. Man braucht sich nicht zu verhehlen, daß die abermalige scharfe Vereitelung der Großen Koalition, die auf den Reichskanzler selbst zurückzuführen sein soll — der denn auch über den Kopf der Deutschen Volksparteier hinweg Rathenau zum Außenminister machte —, eine gewisse Erhäuerung der inneren Lage geschaffen hat. Eben der Parteikampf für und gegen die Verbreiterung der Regierung, in dem hauptsächlich Deutsche Volkspartei und Sozialdemokratie sich gegenübersehen, ist ja doch der tiefere Grund der neuesten Krise gewesen. Der Reichskanzler ist einer Verbreiterung nach links durch die Unabhängigen anscheinend geneigter als einer solchen nach rechts durch die Deutsche Volkspartei. Die Vertrauensabstimmung ist also wohl das Zeichen eines weiteren Abrückens der Regierung nach links, das über den Augenblickserfolg hinaus die Frage verdrängt, was denn nun mit dem Steuerkompromiß werden soll, für das die größere Koalition die unbedingte Voraussetzung ist; ob auch hier der Anschluß nach links gesucht wird? Das Steuerbild müßte sich dann doch noch weisen lassen verändern.

Aber wenn auch das alles zuggegeben werden muß, — im Hinblick auf die auswärtige Lage wäre ein Regierungswechsel ein kleines Risiko gewesen. Zwischen Lloyd George und Poincaré wird derzeit ein zäher Kampf um die Konferenz von Genua ausgefochten. Da sollte man jetzt von Deutschland aus nicht scheren. Nicht als ob wir durch bravos Verhalten von der einen oder anderen Seite uns eine Belohnung verdienen könnten, auch nicht weil man es billigen könnte, daß Dr. Wirth und Dr. Rathenau bei dem englisch-französischen Rennen beharrlich auf den französischen Gaul setzen, — sondern weil man es vermeiden muß, unseren schlimmsten Feinden, Poincaré und den Franzosen, auch nur im geringsten eine

Handhabe zu geben, die sie für ihre Sonderzwecke, das ist die Unterdrückung Deutschlands, verwerten können. Von der Konferenz, ob sie nun in Genua oder Rom abgehalten wird, haben wir Deutsche nichts zu erwarten, und es kann uns gleichgültig sein, ob sie am 8. März oder 14 Tage später oder erst im Juni, wie Poincaré will, abgehalten wird. Die Konferenz ist in erster Linie eine englische Angelegenheit und sie soll dazu dienen, eine Grundlage für die Gesundung des bis ins Mark erschütterten Wirtschaftslebens Englands zu schaffen, fernermal wieder der Vertrag von Versailles noch das Abkommen von Spa noch das Londoner Ultimatum — von Cannes zu schweigen — dem britischen Reich den erhofften Aufstieg gebracht haben. Der Weltkrieg war ein Rechenfehler Greys, das merkt man jetzt in England mehr und mehr; das „gefährliche“ Deutschland ist ja freilich nicht mehr zu fürchten, aber umso mehr das doppelt gefährliche Frankreich, das jetzt dem britischen Reich mehr Sorgen macht, als ihm das starke Deutschland je hätte machen können. Und selbst die Hoffnung auf einen Erfolg in Rußland droht Frankreich den Briten zu rauben. Man hört allerlei von geheimen Abmachungen oder doch Verhandlungen, die zwischen Paris und dem bislang so hartnäckig belämpften Moskau gesponnen werden. Es scheint die Absicht Poincarés zu sein, sich erst der Unterstützung Englands und des sogenannten kleinen Verbands nebst Polen und Belgien zu vergewissern, ehe er auf die Konferenz gehen will. Er oder das französische Großkapital fängt dann zwei Klagen mit einer Klappe. Die Sowjetregierung anerkennt die russische Vorkriegsschuld an Frankreich mit 25 Milliarden Goldfranken, erhebt aber dafür eine Kriegsschadensentschädigung etwa in gleicher Höhe an Deutschland, wozu es nach dem Vertrag von Versailles berechtigt ist. Diese Entschädigung wird an Frankreich abgetreten; Rußland hat, novel wie der Polisch wismus nun einmal ist, seine Verpflichtungen infanter erfüllt und wird dagegen von den Hütern der Ordnung, den Verbandsmächten, anerkannt. Mit Geld kann man alles machen. Großmütig wird ferner die Sowjetregierung den französischen Kapitalisten alle möglichen Vorrechte für Handel, Bergbau usw. versprechen, woraus es England mit seinem Wiederaufbau Europas abgesehen hatte. Durch diese englische Rechnung wäre dann ein dicker Strich gemacht. Das ist das andere Ziel Poincarés. Und wir Deutsche stehen daneben, gewärtig, daß uns die russischen Kriegs- und Vorkriegsschulden auch noch aufgeladen werden.

### Wirtschaftlicher Wochenüberblick.

**Geldmarkt.** Die Erholung der deutschen Basista war nur eine vorübergehende Erscheinung. Ihr Stand hat sich zwar auch nicht wesentlich verschlechtert. Aber es ist auffallend, daß der berühmte Brief der Bank von England, der doch einige Aussicht auf Erleichterung eröffnete, seine Wirkung am Geldmarkt ganz verfehlt. Wir haben in der Tat keinen Grund zum Optimismus, seitdem die Ausichten auf Genua sich schon zu der Volksmeinung verschlechtert haben, daß der einzig wirksame Beschluß dieser Konferenz, wenn sie überhaupt einmal zustande kommt, die Festlegung einer neuen Konferenz in einer anderen Stadt sein werde. Am 16. Februar notieren 100 deutsche Reichsmark in Zürich 2.55 (am 9. Februar 2.67½) Franken; in Amsterdam 1.33¼ (1.39) Gulden; in Kopenhagen 2.43 (2.57), in Stockholm 1.92 (2.00) Kronen; in Wien 3247 (4077), in Prag 2845 (2690) Kronen; in Neuchâtel 0.48 (ebenfalls 0.51) Dollar. Der Dollar stellte sich zuletzt auf rund 200 M., also wieder um 8 M. teurer als vor 8 Tagen.

**Börse.** Mit dem Anziehen der Devisenpreise hat sich wieder eine Pause an der Börse eingestellt, obgleich der Papiergeldumlauf innerhalb letzter Woche sich wieder um 1¼ Milliarden M. vermehrt hat. Angeblich stütze sich die festere Tendenz auch auf den günstigen Verlauf der Berliner Regierungskrisis. Von anderer Seite wird aber mit weichen inneren Schwierigkeiten gerechnet, weshalb die Kaufkraft trotz der vorwiegenden Hausse tendenz sich noch in ziemlich engen Grenzen hielt. Eine gute Meinung zeigt sich fortgesetzt für Bankaktien, dann vor allem für Textilwerte. Die Anlagepapiere blieben behauptet.

**Produktenmarkt.** In der letzten Woche hat sich eine kräftige Hausse im Produktenverkehr herausgebildet, was natürlich auch mit dem Ankräfttreten der neuen Brot- und Mehlpreise zusammenhängt. Die Steigerung der Devisenkurze hat ebenfalls dazu beigetragen, weil dadurch der Anlauf von ausländischer Ware ver-





nungsjahr 1922 zu bewilligen. An die Bewilligung obiger Summen wird die Bedingung geknüpft, daß die dem Verein und der Stadt gehörigen Musikinstrumente und Noten im Falle der Auflösung des Vereins unentgeltlich in das Eigentum der hiesigen freiwilligen Feuerwehr übergehen.

**Stadtwaldungen.** Die vom städt. Forstamt im Benehmen mit dem Betriebsrat der städt. Waldbauarbeiter aufgestellte Tabelle der Bezette, welche an die städt. Holzwerke lt. Tarif zu bezahlen sind, wird vorbehaltlich späterer näherer Prüfung vorläufig genehmigt. Dabei wird angeordnet, daß nachdem die Bezette jetzt bezahlt werden müssen, die Benützung der Bergbahn durch die städt. Waldbauarbeiter nur gegen Lösung einer Bodenarbeiterfahrkarte von 10 Mark, erfolgen darf. Die Herstellung von Saatkübeln in Abt. Steinriegel und Rohplatte und die Herstellung von 2 Schutz- und Gefährhüllen daselbst wird gutgeheißen. Das in den Saatkübeln befindliche Stochholz soll im Aufstreich zur sofortigen Entfernung versteigert und das Umgraben der Flächen im Record vergeben werden.

Es werden noch Verwaltungsgegenstände und klein. Sachen erledigt.

**Güterbahnhofsordnung.** Die Aufrechterhaltung der Ordnung auf den Güterbahnhöfen wird durch die Güterbahnhofsordnung geregelt. (Siehe Aushang am Güterschalter.) Die reibungslose Abwicklung des Verkehrs hängt zum guten Teil von der Einhaltung der genannten Ordnungsvorschrift ab. Bei den beschränkten Platzverhältnissen an den Einladegleisen und dem sehr starken Holzversand auf dem hiesigen Güterbahnhof sollten alle Beteiligten das größte Interesse daran haben, daß die Ordnung nicht gestört wird. Nach § 10 Ziff. 4 der Güterbahnhofsordnung ist verboten: jede eigenmächtige Lagerung von Gütern. Wer demnach kein Lagerplatz hat, bedarf zu jeder Lagerung von Holz usw. der Genehmigung des Dienststellenvorstehers; hierbei empfiehlt es sich, diese Genehmigung einzuholen bevor das Holz angefahren ist, denn diese kann nur erteilt werden, wenn nachgewiesenermaßen ein Eisenbahnwagen zur alsbaldigen Verladung bestellt ist und feststeht, daß der Beförderer ein Sperrverbot oder sonstiges Hindernis nicht im Wege steht. Die Verhältnisse verlangen gebieterisch: Keine Ansammlung von längerer Dauer, sondern rascheste Verladung. Wenn alle (Holzhändler, Holzfuhrleute, Holzverlader) mithelfen die Güterbahnhofsordnung zu beobachten, dann ist eine reibungslose Abwicklung des Holzversandes gesichert. Z

**Freigabe von Verbrauchszucker.** Die Zuckerwirtschaftsstelle hat annähernd 8 Millionen Ztr. Verbrauchszucker zur Verfügung in den Monaten März bis Juni freigegeben, wodurch die gesamte freigelegene Verbrauchszuckermenge auf annähernd 18 Millionen Ztr. erhöht worden ist, so daß für spätere Verteilung noch 6 Millionen übrig bleiben. Der Preis wurde auf 650 Mk. pro Zentner ohne Sack frei Magdeburg festgesetzt.

**Erhöhte Seemittel bei Auslandsreisen.** Der Reichsrat hat in seiner letzten öffentlichen Sitzung das Gesetz gegen die Kapitalflucht bis zum 31. März verlängert und beschlossen, daß künftighin an Zahlungsmitteln 20 000 Mk. ins Ausland mitgenommen werden dürfen, während es bisher nur 3000 Mk. waren.

**Die Spielarten werden ebenfalls teurer.** Die Spielartenfabriken Deutschlands haben beschlossen, die Preise für Spielarten ab 16. Februar um 45 Prozent zu erhöhen; wahrscheinlich wird auch das Reich noch mit einer erhöhten Spielartensteuer kommen; ein Spiel wird dann auf etwa 15-18 Mk. zu stehen kommen.

### Handel und Verkehr.

**Dollar Kurs am 17. Februar 204 Mark.**

**Die hohen Milchpreise.** Seit der Erhöhung der Milchpreise kann die nach Würzburg gelieferte Milch nicht mehr voll abgesetzt werden, weil der Mittelstand nicht kaufkräftig genug ist, um die hohen Preise zu bezahlen. Die restliche Milch mußte infolgedessen über die Schaffensburger Molkereigenossenschaft zur Verarbeitung überwiesen werden.

**Französische Weineinfuhr.** In der Zeit vom 11. Januar 1922 bis 10. Januar 1923 dürfen nach Festsetzung der französischen Regierung auf Grund des Artikels 68 des Friedensvertrags 215 000 Hektoliter Wein und Most aller Art, 1 300 000 ganze Flaschen Schaumwein, 12 000 Hektoliter Fruchtwein, 25 000 Hektoliter Branntwein aller Art zollfrei nach Deutschland eingeführt werden.

**Herabsetzung des englischen Diskontsatzes.** Die Bank von England hat ihren Diskontsatz von 5 auf 4 Prozent herabgesetzt.

Stadt Wildbad.

## Brennholz-Verkauf.

Am Freitag, den 24. Februar 1922, nachmittags 5 Uhr auf dem Rathaus in Wildbad aus Stadtwald 1 Meistern, Abt. 11 Tannschächte, III Sommerberg, Abt. 1 Wolfschlucht und IV an der Linie, Abt. 2 Steinriegel — 272 Nm. Brennholz, nämlich 94 Nm. buchenes, 4 Nm. eich. und 174 Nm. tanneles Holz.

Zur Versteigerung werden nur hiesige Einwohner zugelassen. Ausgeschlossen von der Versteigerung sind:

- 1) alle Holzhandel Treibenden, auch bezgl. ihres eigenen Bedarfs,
- 2) diejenigen, welche beim Verkauf vom 10. Januar ds. Js. bereits Brennholz oder in letzter Zeit einen Schlagraum ersteigerten,
- 3) alle auswärtigen Steigerer.

Ein Steigerer darf nur höchstens 3 Nm. ersteigern. Wiederveräußerung und Verkauf des ersteigerten Holzes ist bei einer Vertragsstrafe von 100 Mk. für 1 Nm. und bei Vermeidung des Ausschlusses bei künftigen Holzversteigerungen der Stadt verboten.

Stadtschultheißenamt.

## Tanzkurs.

Gasthaus zur „Alten Linde“.

Beginn Donnerstag 24. Febr. 1922 abends 8 Uhr.

Um gest. Anmeldungen von Damen und Herren bittet

Fritz Großmann.

## Mieterverein Wildbad.

Am Sonntag, den 19. Februar 1922 nachm. 1/3 Uhr findet im Hotel Weil die jährliche

## Generalversammlung

statt.

Tagesordnung:

1. Kassenbericht.
2. Geschäftsbericht.
3. Neuwahlen.
4. Verschiedenes.

In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung wird zahlreiches Erscheinen erwartet.

Der Ausschuß.

Ich suche einige

## Villenbauplätze

in Wildbad selbst, und solche an der Bahnlinie im Enztal gelegen.

E. Hutzenlaub, Architekt

Telephon 115. Graf Eberhardbau.

## Evang. Volksbund.

### Vorträge über Sittlichkeitsfragen.

Am Dienstag, den 21. Febr. 1922, abends 8 Uhr im Saale der „Alten Linde“ für die Männerwelt, Vortrag des Herrn Medizinalrats Dr. Schöber über die geschlechtliche Frage, vom medizinischen Standpunkt aus betrachtet.

Am Mittwoch, den 22. Febr. 1922, abends 8 Uhr, ebenfalls im Saal der „Alten Linde“, für die Frauenwelt, Vortrag von Frau Medizinalrat Dr. Frig, über Sittlichkeitsfragen.

Eintritt frei für Personen über 18 Jahren!

Kein Trinkzwang! Zu zahlreichem Besuch dieser für das Volkwohl hochbedeutenden Vorträge lädt ein der Ausschuß.

## Geschäfts-Empfehlung.

Das seither mit Herrn Chr. Schill gemeinsam betriebene Baugeschäft mit Baumaterialienhandlung habe ich von Herrn Chr. Schill käuflich übernommen und werde dasselbe in gleichem Umfange weiter führen.

Ich empfehle mich den Herrn Architekten und Bauherren in der Ausführung aller einschlägigen Bauarbeiten, sowie Lieferung von Baumaterialien aller Art, ferner Sprengstoffe samt Zubehör für Rodungen, unter Zusicherung reeller und guter Ausführung.

Adolf Schanz, Bauwerkmeister, Wildbad

## Vertreter

mit ca. 1000.—Mk. für neuartigen Artikel der Landwirtschaft gesucht.

Offerten mit genauen Angaben an

Max Hahn Akt.-Ges. Berlin S. W. 68.



## Fußb.-Verein Wildbad

vereinigter Fußball- und Sportverein.

Morgen Sonntag

## Wettspiele

komb. 1. u. 2. Mannsch.

in Neuenbürg.

Abfahrt 1.32 Uhr.

3. u. 4. Mannschaft

hier

gegen Neuenbürg

3. u. 4. Mannschaft.

Auto-Abfahrt 1.15 Uhr vom Lokal.

Die Spielleitung.

Schwarzer Tee,

Pekony-Orange,

1. Qualität.

Zu haben bei

Gebr. Schmitz, Med.-Drogerie

## Jahrgang

:: 1892 ::

Montag abend 8 Uhr

Besprechung

im Gasth. z. Silberburg

Frische

## Eier

eingetroffen,

per Stück Mk. 4.20.

Consumverein.

Inseriert im „Tagblatt“!

## Dresdner Bank

Kapital 550 Millionen Mark  
Reserven rund 400 Millionen Mark

Stuttgart Cannstatt  
Heilbronn Ulm

Sonntag, den 19. Februar, nachm. 3 Uhr im Café Lindenberger

## Schach-Turnier

ausgeführt von Herrn Schachmeister Elison, Stuttgart und verschiedenen Wildbader Herren.

Schachfreunde Willkommen.

## Linden-Lichtspiele

Sonntag nachm. 4 Uhr u. abends 8 Uhr  
Fortsetzung des großen Abenteuerer-Films

## NIRVANA



Der längst mit Spannung erwartete 6. Teil bringt wohl die größten Sensationen aller 6 Teile.

Als Beiprogramm:

## Riesenbaby

Lustspiel in 2 Akten. In der Hauptrolle: Karichen

## Musikverein Wildbad.

Am Sonntag, den 19. Febr. 1922, abends 7 Uhr findet im „Hotel Weil“

## gemütl. Beisammensein

statt, wozu die Mitglieder freundlichst eingeladen werden.

Der Vorstand.

